Deutscher Bundestag **Drucksache 17/8828**

17. Wahlperiode 02. 03. 2012

Fragen

für die Fragestunde der 164. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 7. März 2012

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

1. Abgeordnete **Daniela Kolbe (Leipzig)** (SPD)

Hat das Bundesministerium des Innern Kenntnisse darüber, wie viele Personen insgesamt bundesweit als Lehrkräfte in Integrationskursen arbeiten, wie viele davon als sozialversicherungspflichtig Beschäftigte oder als Honorarkräfte arbeiten, und wenn ja, wie viele sind dies konkret?

2. Abgeordnete **Daniela Kolbe (Leipzig)** (SPD)

Welche konkret in Zahlen zu benennenden Faktoren ermöglichen es dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, den Stundensatz bei Integrationskursen pro Teilnehmer von zuletzt 2,35 Euro auf 2,54 Euro (ab dem 1. Dezember 2011) zu erhöhen?

3. Abgeordnete **Aydan Özoğuz** (SPD)

Warum wurde die vom Bundesministerium des Innern in Auftrag gegebene Studie „Lebenswelten junger Muslime in Deutschland“ vorab am 29. Februar 2012 an die Tageszeitung „Bild“ zugeleitet, noch bevor die Abgeordneten des Deutschen Bundestages Einsicht erhalten haben, und sieht der Bundesminister des Innern, Dr. Hans-Peter Friedrich, die Vorabberichterstattung als konstruktive Form an?

4. Abgeordnete **Aydan Özoğuz** (SPD)

Teilt der Bundesminister des Innern die Handlungsempfehlungen der von seinem Bundesministerium in Auftrag gegebenen Studie, insbesondere die Ermöglichung der generellen Hinnahme der doppelten Staatsbürgerschaft (Seite 656) und die Empfehlung, plakative Äußerungen wie „der Islam gehört nicht zu Deutschland“ (Seite 654) tunlichst zu vermeiden, und welche Initiativen und gesetzgeberischen Schritte wird die Bundesregierung aus der Studie ableiten?

5. Abgeordneter **Memet Kilic** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Spiegelt die Berichterstattung der Tageszeitung „Bild“ die wichtigsten Erkenntnisse der Studie „Lebenswelten junger Muslime in Deutschland“ wider, und hält die Bundesregierung diese Art von Berichterstattung der Integration dienlich?

6. Abgeordneter
Dr. Konstantin von Notz
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann ist nach Kenntnis der Bundesregierung mit der Vorlage einer überarbeiteten Version des Gesetzentwurfs zum Beschäftigtendatenschutz zu rechnen, und welche datenschutzrechtlichen Verbesserungen für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer konnten nach Kenntnis der Bundesregierung im Vergleich zum Status quo erreicht werden?

7. Abgeordnete
Britta Haßelmann
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus dem ihr seit über einem halben Jahr vorliegenden Gutachten „Wirtschaftlicher Stand und Perspektiven für Ostdeutschland“ insbesondere für die Förderung strukturschwacher Regionen in West- und Ostdeutschland ziehen?

8. Abgeordneter
Volker Beck (Köln)
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Applikationen für Tabletcomputer hält die Bundesregierung für geeignet, um die Konzentrationsfähigkeit von Regierungsmitgliedern bzw. von Parlamentarischen Staatssekretären bei Plenarsitzungen des Deutschen Bundestages zu fördern, und von welcher Stelle der Bundesregierung werden diese Applikationen angeschafft?

9. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Wird bei der millionenfachen Überwachung digitaler Kommunikation durch deutsche Geheimdienste (Bundestagsdrucksache 17/8639) Software eingesetzt, die die Spracherkennung, automatisierte Übersetzung, Textvergleiche, OCR-Erkennung von Scan-Dokumenten oder Faxen sowie sonstige digitale Analysekapazitäten gewährleisten soll, und an welchem Ort wurde die derartige Analyse der ausspionierten Telekommunikationsvorgänge jeweils vorgenommen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

10. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Auf welche formelle oder informelle Art und Weise (z. B. Verträge, Absichtserklärungen, Vereinbarungen, Strukturen, langjährige Praxen) arbeitet die EU-Agentur Eurojust bereits jetzt mit der EU-Kommission, der Troika und dem Rat zusammen, und was soll sich nach gegenwärtigem Stand an dieser teilweise jahrelangen Praxis durch das geplante Memorandum of Understanding mit der EU-Kommission ändern bzw. in eine formelle Zusammenar-

beit überführt werden, obwohl viele Mitgliedstaaten gerade erst dabei sind, den Eurojust-Beschluss von 2008 umzusetzen?

11. Abgeordneter **Stefan Rebmann** (SPD)

Welche Dissenspunkte innerhalb der Bundesregierung sind für die mehrfache Verschiebung der Kabinettbefassung mit dem Referentenentwurf des Bundesministeriums der Justiz zur Neuregelung der Sicherungsverwahrung ursächlich?

12. Abgeordneter **Ingo Egloff** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die Ergebnisse des von Prof. Dr. Thomas Hoeren im Auftrag des Verbandes der deutschen Internetwirtschaft erstellten Gegengutachtens zu dem in der Studie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie (BMWi) vorgeschlagenen Warnhinweismodell zur Bekämpfung von Urheberrechtsverletzungen, und welche Konsequenzen wird sie daraus ziehen?

13. Abgeordneter **Ingo Egloff** (SPD)

Welche Konsequenzen ergeben sich aus der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 24. Januar 2012 (1 BvR 1299/05), mit der die Zuordnung von dynamischen IP-Adressen ausdrücklich als ein Eingriff in Artikel 10 Absatz 1 des Grundgesetzes festgestellt wird, für das mit der BMWi-Studie vorgeschlagene vorgerichtliche Warnhinweismodell, und in welcher konkreten Ausgestaltung sieht die Bundesregierung ein solches Warnhinweismodell als mit der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts vereinbar an?

14. Abgeordneter **Dr. Konstantin von Notz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit führt das vom Branchenverband eco in Auftrag gegebene „Kurzgutachten zur BMWi-Studie über Modelle zur Versendung von Warnhinweisen durch Internet-Zugangsanbieter an Nutzer bei Urheberrechtsverletzungen“, das zu dem Schluss kommt, dass gegen das in der Studie des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie vorgeschlagene Warnhinweismodell „sowohl aus politischer, praktischer, technischer als auch aus rechtlicher Sicht erhebliche Bedenken“ bestehen, zu einer Neubewertung der bisherigen Pläne des BMWi, und ist innerhalb der Bundesregierung im Allgemeinen und unter den FDP-geführten Bundesministerien im Speziellen mittlerweile eine Einigung über die Position bezüglich des Einsatzes derartiger Warnhinweismodelle erfolgt?

15. Abgeordneter **Burkhard Lischka** (SPD)

Wie lässt sich der Sinneswandel der Bundesministerin der Justiz, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger, im Hinblick auf die Einführung von Warnhinweismodellen erklären, die sich in ihrer Berliner Rede zum Urheberrecht im Jahr 2010 zunächst positiv hierzu geäußert hatte, mittlerweile eine solche Regelung in einer Youtube-Botschaft vom 8. Februar 2012 jedoch ablehnt?

16. Abgeordneter **Burkhard Lischka** (SPD)

Plant die Bundesregierung, den Ratifizierungsprozess des Handelsübereinkommens ACTA fortzusetzen, sofern die Prüfung durch ein Gutachten des Europäischen Gerichtshofs dessen Rechtmäßigkeit ergibt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

17. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, Darlehen von Ländern oder Kommunen aufzunehmen?

18. Abgeordneter **Dr. Anton Hofreiter** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nach welchen Zinssätzen des Kapitalmarktes richten sich Darlehen eines Bundeslandes oder einer Kommune an den Bund?

19. Abgeordneter **Swen Schulz (Spandau)** (SPD)

Hat der Bund Grundstücke, die für die Verlängerung der S-Bahn inklusive neuer Haltepunkte von Berlin in den Westen Brandenburgs benötigt werden, in den letzten zehn Jahren veräußert, langfristig vermietet oder verpachtet, und bestehen diesbezügliche Planungen?

20. Abgeordneter **Swen Schulz (Spandau)** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung das Anliegen des Landes Berlin zum Erwerb der S-Bahn Berlin GmbH, und ist die Bundesregierung bereit, Gespräche darüber zu führen bzw. zu unterstützen?

21.	Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Wie rechtfertigt es die Bundesregierung, dass an das hoch verschuldete Griechenland in der Finanzkrise von der EU und Deutschland als Nothilfemaßnahmen Kredite zu einem Zinssatz gewährt werden, der weit über dem liegt, den die EU und Deutschland zur Finanzierung dieser Kredite zahlen müssen, so dass die Kreditgeber also Milliarden an der Not Griechenlands verdienen, die von dem verschuldeten Land dann auch noch aufzubringen sind?
22.	Abgeordneter **Manfred Kolbe** (CDU/CSU)	Führen die Tender der Europäischen Zentralbank vom Dezember 2011 (489 Mrd. Euro) und vom Februar 2012 (529 Mrd. Euro) – also über 1 Bio. Euro an europäische Banken insbesondere aus den Krisenländern – zu theoretischen Haftungsrisiken für die Bundesrepublik Deutschland?
23.	Abgeordneter **Manfred Kolbe** (CDU/CSU)	Für wie wahrscheinlich hält die Bundesregierung insoweit eine tatsächliche Haftung der Bundesrepublik Deutschland?
24.	Abgeordnete **Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Ist die Bundesregierng der Auffassung, dass für eine Ratifizierung des Fiskalpakts eine Zweidrittelmehrheit im Deutschen Bundestag notwendig ist, und wie begründet die Bundesregierung diese Auffassung?
25.	Abgeordnete **Lisa Paus** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Kann die Bundesregierung ausschließen, dass es infolge der Überprüfung der Steuereffekte auf den heimischen Flugsektor zum 30. Juni 2012 zu einer Abschaffung der Luftverkehrsteuer kommt?
26.	Abgeordnete **Dr. Babara Höll** (DIE LINKE.)	Welche konkreten Schritte plant die Bundesregierung nach dem Beschluss zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung mit den USA, und welche Staaten sieht die Bundesregierung weiterhin als bedingt kooperativ zur gemeinsamen Bekämpfung der Steuerhinterziehung an, auch vor dem Hintergrund der grauen Liste der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung?

27. Abgeordnete **Dr. Babara Höll** (DIE LINKE.)

Plant die Bundesregierung gemäß dem Grünbuch der Deutsch-Französischen Zusammenarbeit über Konvergenzpunkte bei der Unternehmensbesteuerung in dieser Legislaturperiode noch eine Lockerung der Mindestbesteuerung des Verlustrücktrags, und stimmt die Bundesregierung damit überein, dass auch hinsichtlich der Umsatzbesteuerung eine Konvergenz erzielt werden sollte, nachdem die EU-Kommission in kürzester Zeit nun erneut die spezielle Regelung der deutschen Umsatzbesteuerung bei Kunstgegenständen kritisiert hat?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

28. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Wie hoch liegen die gesamtfiskalischen Kosten der Arbeitslosigkeit in Deutschland pro Erwerbslosem, und wie hoch wären die gesamtgesellschaftlichen Kosten für 11 750 Betroffene?

29. Abgeordnete **Britta Haßelmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann und in welcher Form plant die Bundesregierung, sich mit den Bundesländern über die Ausgestaltung der Bundesauftragsverwaltung, die aufgrund der Übernahme der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung durch den Bund erforderlich ist (Bundestagsdrucksache 17/7141), abzustimmen?

30. Abgeordneter **Gustav Herzog** (SPD)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung den Anteil der in der deutschen Binnenschifffahrt angestellten Arbeitnehmer, die ihren Arbeitsvertrag mit einem im Ausland ansässigen Unternehmen abgeschlossen haben und daher keine Abgaben an deutsche Sozialversicherungsträger abführen, obwohl sie dauerhaft auf deutschen Gewässern tätig sind, und wie hoch schätzt die Bundesregierung die finanziellen Ausfälle der Sozialversicherungsträger durch diese Praxis?

31. Abgeordneter **Gustav Herzog** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung die in Frage 30 genannte Praxis in der Binnenschifffahrt, Angestellte über zum Beispiel zypriotische Ausrüsterfirmen zu „mieten“, um durch diesen „Drehtüreffekt“ keine deutschen Sozialabgaben zahlen zu müssen,

sowohl unter dem Gesichtspunkt der Wettbewerbsfähigkeit als auch in Bezug auf die soziale Sicherheit der Angestellten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

32. Abgeordneter **Friedrich Ostendorff** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Haben das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz bzw. dessen Vorgängerministerien für den ehemaligen Staatssekretär des Hauses (1949 bis 1961) Johannes Carl Adolf Theodor Sonnemann († 6. September 1987) einen ehrenden Nachruf (oder eine ähnliche Würdigung) verfasst, und wenn ja, wurde die Ehrwürdigkeit jemals überprüft?

33. Abgeordneter **Harald Ebner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 29. Februar 2012 (BVerwG 7 C 8.11) bezüglich der Vernichtung von bereits ausgesätem, mit gentechnisch veränderten Organismen verunreinigtem Saatgut, insbesondere im Hinblick auf Maßnahmen zur Vermeidung einer schleichenden Saatgutverunreinigung mit nicht für den Anbau zugelassenen gentechnisch veränderten Organismen, und welche Schlussfolgerungen zieht sie daraus für ihr Abstimmungsverhalten auf EU-Ebene bezüglich der Zulassung und Regulierung gentechnisch veränderter Pflanzen?

34. Abgeordneter **Harald Ebner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit wird die Bundesregierung die Initiative Frankreichs für eine EU-weite Aussetzung der Anbauzulassung für den gentechnisch veränderten Mais MON810 unterstützen, mit der auch die anderen EU-Staaten vor den auch von der Bundesregierung anerkannten Risiken durch MON810 geschützt würden?

35. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die Risiken von gentechnisch veränderten Lebendimpfstoffen in der Tierhaltung, und welche Risikoeinschätzung hat sie in diesem Zusammenhang beim Feldversuch an Pferden im Gestüt Lewitz?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

36. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie häufig und mit welchen Ergebnissen wurden die „kurzfristigen Inspektionen von afghanischen Hafteinrichtungen“ im Regional Command North, die der Parlamentarische Staatssekretär Christian Schmidt erwähnt hat (vgl. Antwort der Bundesregierung zu Frage 17, Plenarprotokoll 17/138), durchgeführt, und waren diese Inspektionen unangekündigt?

37. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welcher Personenkreis wurde 2011 in Saudi-Arabien von deutschen Bundeswehrsoldaten bei der Ausbildung auf dem System LUNA unterstützt, und zu welchem Zweck soll das System eingesetzt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

38. Abgeordneter **Harald Weinberg** (DIE LINKE.)

Plant die Bundesregierung, nach den für die Krankenhäuser maßgeblichen Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst die Kostensteigerungen der Krankenhäuser zumindest teilweise aus Mitteln der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) zu refinanzieren, oder schließt sie dies aus?

39. Abgeordneter **Harald Weinberg** (DIE LINKE.)

Hat die Bundesregierung die 2011 in Kraft getretenen Kürzungen im Krankenhausbereich im Rahmen des GKV-Finanzierungsgesetzes angesichts der damaligen Finanzlage der gesetzlichen Krankenversicherung getroffen, und weshalb macht sie in der derzeitigen guten wirtschaftlichen Lage keine Politik nach Kassenlage?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

40. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Erwägt die Bundesregierung den Ausbau der Hohensaaten-Friedrichsthaler Wasserstraße, obwohl diese Wasserstraße nach der Neustrukturierung durch die Bundesregierung nur zum Nebennetz gehören soll und Ausbaumaßnahmen eigentlich nicht stattfinden sollen, und welcher konkrete Bedarf rechtfertigt eventuelle Ausbaumaßnahmen?

41. Abgeordnete **Cornelia Behm** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Welche finanziellen Mittel wird die Bundesregierung für einen Ausbau zur Verfügung stellen, vor dem Hintergrund, dass es im Entwurf des Investitionsrahmenplanes 2011–2015 bezüglich der Bundeswasserstraßen heißt, dass für neue Maßnahmen kein Spielraum besteht, und in welchem zeitlichen Horizont sollen die Maßnahmen umgesetzt werden?

42. Abgeordnete **Birgitt Bender** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wann hat der Vorstand der bundeseigenen Deutschen Bahn AG (DB AG) seinen Beschluss von 2001, nach dem Baumaßnahmen erst begonnen werden dürfen, wenn alle Planfeststellungsabschnitte bestandskräftig/rechtskräftig festgestellt sind, aufgehoben, und hält die Bundesregierung als Vertreterin des Eigentümers der bundeseigenen DB AG die entstehenden Risiken für das Unternehmen – und damit für den Eigentümer Bund – für vertretbar, wenn Baumaßnahmen der Eisenbahninfrastrukturunternehmen begonnen werden, ohne dass alle Planfeststellungsabschnitte betandskräftig/rechtskräftig abgeschlossen sind?

43. Abgeordnete **Katja Keul** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Für welche Art von unbemannten Luftfahrtgeräten (UAS) hat die Firma Rheinmetall Defense beim Luftfahrt-Bundesamt einen Antrag auf Musterzulassung gestellt, und hat die Bundesregierung Kenntnis davon, ob die Firma Rheinmeall Defense vor oder nach der Ablehnung dieses Antrags für das entsprechende UAS auch in anderen Staaten Zulassungsanträge gestellt hat?

44. Abgeordneter **Oliver Krischer** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)

Wie viele (Nicht-)Wohngebäude im öffentlichen Eigentum würden bei der Umsetzung des Artikels 4 des aktuellen Entwurfs der EU-Energieeffizienzrichtlinie in der Bundesrepublik Deutschland energetisch saniert werden, und welche Position vertritt

die Bundesregierung bezüglich des Artikels 4 des Entwurfs der EU-Energieeffizienzrichtlinie (hier insbesondere, ob sie sich für eine Sanierungsrate aller (Nicht-)Wohngebäude im öffentlichen Eigentum ausspricht oder nur für (Nicht-)Wohngebäude der Bundesregierung bzw. der Zentralregierungen in der EU)?

45. Abgeordnete **Bettina Hagedorn** (SPD)

Welche Staatsverträge hat die Bundesrepublik Deutschland mit anderen Staaten in den letzten 15 Jahren geschlossen, die die Regelung von Verkehrsinfrastrukturprojekten zum Inhalt hatten (nach Jahren sortiert) und dabei finanzielle Verpflichtungen begründet haben (bitte nach Staatsverträgen aufgelistet und gesamt), und in welchem Umfang sind diese bereits erfüllt bzw. im Bundeshaushalt und in der Finanzplanung konkret abgesichert?

46. Abgeordnete **Bettina Hagedorn** (SPD)

Bis zu welchem Zeitpunkt muss die Bundesrepublik Deutschland die per Staatsvertrag beschlossenen Infrastrukturprojekte finanzieren, und welche Risiken sind dabei in den bei Vertragsabschluss gemachten Kalkulationen, vor dem Hintergrund der regelmäßig langen Realisierungsdauer der Infrastrukturprojekte, berücksichtigt worden?

47. Abgeordneter **Werner Dreibus** (DIE LINKE.)

Welche Möglichkeiten seitens des Bundes, der Länder und Kommunen gibt es, die Daseinsvorsorge in ländlichen Gebieten bzw. Vorstädten zu fördern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

48. Abgeordnete **Dr. Kirsten Tackmann** (DIE LINKE.)

Wie bewertet die Bundesregierung die Notwendigkeit eines länderübergreifenden Herdenschutzkompetenzzentrums zur Ausbildung von Hunden zum Schutz von Weidetieren vor Wolfsübergriffen, und wie wird sie ein solches Vorhaben unterstützen?

49. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Um welche Unterlagen handelt es sich konkret bei den im Plenarprotokoll 17/161, Anlage 46, genannten „nachgereichten Unterlagen“ (bitte mit Angabe des Datums und Absenders bzw. Kraftwerks), und mit jeweils welchen Schreiben haben die Landesatomaufsichtsbehörden auf das Schreiben des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), vom 20. Juni 2011, mit dem das BMU bat, die von der Reaktor-Sicherheitskommission in ihrer ersten Stellungnahme zu den Stresstests aufgezeigten Empfehlungen und offenen Punkte bei den in ihrer Zuständigkeit liegenden Kraftwerken zu klären, bislang reagiert (bitte ebenfalls mit Angabe des Datums)?

50. Abgeordnete
Sylvia Kotting-Uhl
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bis wann soll nach aktuellem Stand die deutsche Übersetzung des vor kurzem fertiggestellten tschechischen Umweltverträglichkeitsgutachtens für das Atomkraftwerkprojekt Temelin 3 und 4 vorliegen (bitte auch mit Angabe, seit wann es der Bundesregierung vorliegt), und wann findet bezüglich Temelin 3 und 4 das nächste Treffen der Bundesregierung mit der tschechischen Regierung statt (bitte auch mit Angabe des Rahmens bzw. der Art des Treffens)?

51. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche konkreten Bedenken (siehe Antwort der Bundesregierung zu Frage 80, Plenarprotokoll 17/161, S. 19200 (B)) haben die Bundesregierung dazu veranlasst, sich bei der Abstimmung im Komitologieverfahren am 23. Februar 2012 über den Vorschlag der Europäischen Kommission zur Umsetzung des Artikels 7a der Kraftstoffqualitätsrichtlinie der Stimme zu enthalten, und welche Alternativen zieht die Bundesregierung diesbezüglich in Betracht?

52. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie hoch sind die durchschnittlichen täglichen Kosten der Marktprämie bzw. der Managementprämie, die bereits durch die im März gemeldeten Anlagen entstehen, und warum hat die Bundesregierung in ihrem Kabinettbeschluss zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vom 29. Februar 2012 keinen Vorschlag in ihrer Formulierungshilfe gemacht, wie die Kosten der Marktprämie eingedämmt werden können?

53. Abgeordneter
Hans-Josef Fell
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche aktuellen konkreten wissenschaftlichen Berechnungsgrundlagen liegen der Bundesregierung für die Berechnung der neuen Vergütungshöhen und Vermarktungsanteile vor, die sie als Grundlage für die Zahlen ihres Kabinettbeschlusses zur Formulierungshilfe zur Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vom 29. Februar 2012 genommen hat, und ist die Bundesregierung bereit, dem Parlament diese wissenschaftlichen Berechnungen detailliert vorzulegen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

54. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen über die Bildungsprämie hinaus plant die Bundesregierung als Schlussfolgerungen aus der Empfehlung der Expertenkommission Forschung und Innovation, die im Jahresgutachten 2012 fordert, das Weiterbildungssystem so weiterzuentwickeln, dass insbesondere bisher unterrepräsentierte Gruppen – sowohl Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer als auch Personen, die derzeit nicht erwerbstätig sind – verstärkt an Weiterbildungen teilnehmen?

55. Abgeordneter
Kai Gehring
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Anträge auf eine Bildungsprämie sind seit dem 2. Dezember 2011 eingereicht, geprüft und bewilligt worden, und wie viele Bewilligungen sind im Zeitraum seit dem Beginn der Bildungsprämie bis zum 1. Dezember 2011 für Antragstellende mit einem Einkommen zwischen 20 001 und 25 600 Euro bei einzeln Veranlagten bzw. 40 001 und 51 200 Euro bei gemeinsam Veranlagten erteilt worden (bitte als absolute Zahlen sowie als Prozentzahlen der Gesamtbewilligungen ausweisen)?

Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes

56. Abgeordneter **Dr. Tobias Lindner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung eine direkte Presseförderung von am Markt nachrangigen, kleineren Titeln über eine unabhängige Kommission, und wie bewertet sie die Vergabe von Krediten und verlorenen Zuschüssen auf Zeit durch eine unabhängige Kommission bei drohender Insolvenz eines Presseverlags?

57. Abgeordneter **Dr. Tobias Lindner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bejaht die Bundesregierung ein Marktversagen im Pressemarkt insbesondere im lokalen Bereich, und sieht die Bundesregierung die fehlenden Marktzugänge wegen zu hoher Zugangsbarrieren im lokalen Pressebereich als Gefahr für die Pressevielfalt?

58. Abgeordnete **Agnes Krumwiede** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was hält die Bundesregierung von der Einführung periodischer Berichte über redaktionelle Kooperationen sowie crossmediale Produktions- und Anbieterstrukturen, und welche Stelle könnte solche Berichte erstellen?

59. Abgeordnete **Agnes Krumwiede** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung eine direkte Förderung von Medienunternehmen bzw. einzelnen Journalistinnen und Journalisten nach Bedarf durch eine unabhängige Kommission, wenn das Förderkriterium u. a. der publizistische Bedarf und die originäre journalistische Leistung wäre, und wie bewertet die Bundesregierung die Errichtung einer Stiftung öffentlichen Rechts zur Förderung des Journalismus?

60. Abgeordnete **Kerstin Andreae** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Modelle der direkten und indirekten Medienförderung in den europäischen Nachbarstaaten, und hält sie eine Anhebung der pressekartellrechtlichen Aufgreifschwelle vor dem Hintergrund einer solchen Bewertung für das einzig mögliche Instrument, um die Pressevielfalt zu erhalten?

61. Abgeordnete **Petra Merkel (Berlin)** (SPD)

Wie bewertet die Bundesregierung angesichts der Entwicklungen auf dem Medienmarkt die Notwendigkeit einer crossmedialen Konzentrationskontrolle, und welche Maßnahmen sind vorgesehen, um crossmedialen Konzentrationstendenzen wirksam zu begegnen?

62. Abgeordnete **Petra Merkel (Berlin)** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass es nicht nur auf nationaler, sondern auch auf europäischer Ebene eines (ggf. crossmedialen) Medienkonzentrationsrechts bedarf, und welche Maßnahmen wird die Bundesregierung hierzu ergreifen?

63. Abgeordnete **Ulla Schmidt (Aachen)** (SPD)

Welche Forschungsaufträge zur Behebung der festgestellten Defizite, die die Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD (17/6836) vom 23. August 2011 im Zusammenhang mit der Medienvielfalt angekündigt hat, hat die Bundesregierung darüber hinaus bislang vergeben, und was wird dort genau untersucht?

64. Abgeordneter **Martin Dörmann** (SPD)

Wann wird die von der Bundesregierung in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD (Bundestagsdrucksache 17/6836) angekündigte Bestandsaufnahme der für die Medienvielfalt relevanten Daten- und Faktenlage abgeschlossen und öffentlich zugänglich sein?

65. Abgeordneter **Martin Dörmann** (SPD)

Wann wird die in den Haushalt 2009 eingestellte Mediendatenbank – als deren Ziel der Haushaltsgesetzgeber ausdrücklich vorgegeben hat, dass diese den bestehenden Informations- und Datendefiziten im Medienbereich begegnen und belastbare Informationen und Datengrundlagen für medien- und kommunikationspolitische Entscheidungen bieten soll und deren öffentliche Zugänglichmachung auf der Webseite des Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien für Ende 2011 angekündigt war – dem Parlament und wann der Öffentlichkeit zugänglich gemacht?

66. Abgeordneter **Fritz Kuhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wann wird die Bundesregierung die für das Projekt „Mediendatenbank“ (Einzelplan 04) erstellten Studien des Formatt-Instituts und des Hans-Bredow-Instituts – mit denen die ermittelten Erkenntnisdefizite sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nutzerseite im Medienbereich abgebaut werden sollten und die bis Ende des vergangenen Jahres abgeschlossen sein sollten – dem Deutschen Bundestag und wann der Öffentlichkeit zugänglich machen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

67. Abgeordneter **Fritz Kuhn** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung den Schwund an Vielfalt bei der Lokalpresse, und geht sie davon aus, dass dieser durch eine Anhebung der Aufgreifschwelle, wie sie im Referentenentwurf zur 8. GWB-Novelle geplant ist, gestoppt wird?

68. Abgeordnete **Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wird die Pressevielfalt, die die Bundesregierung laut dem Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP von 2009 erhalten will, durch die im Referentenentwurf zur 8. Novelle des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) aufgenommene Anhebung der Aufgreifschwellen – wonach eine kartellrechtliche Prüfung von Verlagsfusionen dann erst ab einem gemeinsamen Umsatz von 62,5 Mio. Euro stattfindet – nach Meinung der Bundesregierung gestärkt, und auf welcher Datenbasis beruht diese Annahme?

69. Abgeordnete **Tabea Rößner** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die weitergehenden Änderungswünsche, die die Verlegerverbände für die 8. GWB-Novelle vorgelegt haben, und wird sie diese Vorschläge bei der Vorlage des Gesetzentwurfs aufgreifen?

70. Abgeordneter **Siegmund Ehrmann** (SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, dass die mit dem Referentenentwurf zur 8. GWB-Novelle vorgesehenen Änderungen im Pressefusionsrecht tatsächlich einen Beitrag zur „Erhaltung der Meinungs- und Pressevielfalt“, wie es im Koalitonsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP heißt, leisten können, und wie begründet die Bundesregierung diese Auffassung?

71. Abgeordneter
Siegmund Ehrmann
(SPD)

Welche Entwicklungen im Pressebereich machen – vor dem Hintergrund, dass die Bundesregierung noch in ihrer Antwort auf die Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 23. August 2011 (Bundestagsdrucksache 17/6836) erlärt hat, es gebe derzeit keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf – eine Änderung des Pressefusionsrechts notwendig, und aus welchen Gründen sieht die Bundesregierung die im Referentenentwurf zur 8. GWB-Novelle enthaltenen Änderungen beim Pressekartellrecht als geeignet an, die Pressevielfalt zu stärken?

72. Abgeordnete
Kerstin Andreae
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie viele Pressefusionen ohne kartellamtliche Prüfung würde die im Referentenentwurf zur 8. GWB-Novelle enthaltene Anhebung der Aufgreifschwelle tatsächlich möglich machen, und würden diese einen Erhalt an Pressevielfalt bedeuten?

73. Abgeordnete
Ulla Schmidt (Aachen)
(SPD)

Welche Änderungen gibt es auf den Medien- und insbesondere auf den Lesermärkten bei den Zeitungen, die eine Änderung der Pressefusionskontrolle im Rahmen der 8. GWB-Novelle notwendig machen, und wie haben die Unternehmen bislang darauf reagiert?

74. Abgeordnete
Brigitte Zypries
(SPD)

Woraus ergibt sich aus der Sicht der Bundesregierung die Notwendigkeit einer Änderung beim Pressefusionsrecht im Rahmen der 8. GWB-Novelle, und auf welche konkrete Datenbasis gründet die Bundesregierung die vorgeschlagenen Änderungen, insbesondere bei der Anhebung der Aufgreifschwellen?

75. Abgeordnete
Brigitte Zypries
(SPD)

Inwieweit werden die Erkenntnisse der für das Projekt „Mediendatenbank“ (Einzelplan 04) erstellten Studien des Formatt-Instituts und des Hans-Bredow-Instituts, mit denen die Erkenntnisdefizite sowohl auf der Angebots- als auch auf der Nutzerseite im Medienbereich ausgeräumt werden sollten, bei der Erstellung des Referentenentwurfs zur 8. GWB-Novelle berücksichtigt, und welche Konsequenzen hat die Bundesregierung aus diesen Erkenntnissen im Detail gezogen?

76. Abgeordneter **Dr. Hermann E. Ott** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Befindet sich die laut der Antwort der Bundesregierung auf Frage 1 der Kleinen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 17/8847 von der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) am 25. Januar 2012 an das Bundesministerium für Wirtschaft und technologie (BMWi) übergebene Akte zur Hans-Joachim-Martini-Stiftung bereits wieder bei der BGR oder noch beim BMWi, und falls letzteres zutrifft, wie lange soll sie dort verbleiben?

77. Abgeordnete **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie unterscheiden sich die Einsparziele der Bundesregierung und der im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments mit breiter Mehrheit beschlossene Kompromiss zu Artikel 6 der EU-Energieeffizienzrichtlinie, nach dem sich die 1,5-prozentige Einsparverpflichtung von Endenergie nicht mehr auf einzelne Unternehmen, sondern auf ein äquivalentes jährliches Einsparziel (gemittelt über drei Jahre) für die Mitgliedstaaten bezieht sowie Maßnahmen wie das CO_2-Gebäudesanierungsprogramm auf dieses Ziel anrechenbar sind, und wird die Bundesregierung das im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments beschlossene 1,5-Prozent-Ziel bei den Ratsverhandlungen unterstützen?

78. Abgeordnete **Ingrid Nestle** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie des Europäischen Parlaments beschlossenen Änderungen in Artikel 12 der EU-Energieeffizienzrichtlinie, nach denen die Mitgliedstaaten dafür Sorge tragen sollen, dass Barrieren, die die Teilnahme von Demand Response an den Märkten (insbesondere für Regelenergie- und Systemdienstleistungen) behindern, entfernt werden, und wie beurteilt sie vor diesem Hintergrund die vom Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie geplante Verordnung zu abschaltbaren Lasten, die ein Doppelvermarktungsverbot beinhaltet und damit ein Agieren der abschaltbaren Lasten auf Märkten verbietet?

79. Abgeordneter **Werner Dreibus** (DIE LINKE.)

In welchem Zusammenhang steht nach Ansicht der Bundesregierung die Entwicklung, dass im Einzelhandel laut Zahlen der Deutschen Bundesbank die Unternehmensgewinne von 2000 bis 2010 um schätzungsweise 71 Prozent auf 20,2 Mrd. Euro gestiegen sind und die Reallöhne im Einzelhandel in diesem Zeitraum gesunken sind, und wie bewertet die Bundesregierung diese Entwicklung?

80. Abgeordnete **Heidrun Dittrich** (DIE LINKE.)

Welche Möglichkeiten gibt es (mit welchen Voraussetzungen), einen Neustart der Firma Schlecker mit staatlichen Geldern (Bürgschaften, Krediten, Fördergeldern, auch europäischen etc.) zu unterstützen, und prüft die Bundesregierung eine dieser Möglichkeiten?

81. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Inwiefern sieht die Bundesregierung die Politik in der Mitverantwortung an der Pleite der Firma Schlecker vor dem Hintergrund, dass die aktuelle Gesetzgebung es zugelassen hat, dass ein einzelner Unternehmenspatriarch ein Unternehmen mit Milliardenumsätzen und zehntausenden Mitarbeitern mit der Rechtsform des eingetragenen Kaufmanns führen kann wie eine Würstchenbude ohne ausreichende Transparenz, dass diese es bis heute verhindert, dass die Beschäftigten wegen fehlender Mitbestimmung realen Einfluss auf die Unternehmenspolitik erhalten, obwohl sie den Reichtum des Unternehmens schaffen, es am besten kennen und im Fall von Schlecker vor Ort in den Filialen oft Veränderungen angeregt haben und den Verdrängungswettbewerb durch Lockerungen der Ladenöffnungszeiten und der Rabattgesetze im Einzelhandel mit angeheizt hat?

82. Abgeordnete **Jutta Krellmann** (DIE LINKE.)

Ist die Bundesregierung bereit, Bürgschaften abzugeben oder günstige Kredite zu vergeben, um Massenentlassungen bei der Firma Schlecker zu verhindern?

83. Abgeordnete **Jutta Krellmann** (DIE LINKE.)

Hat die Bundesregierung seit dem Einreichen des Insolvenzantrages der Firma Schlecker den Kontakt mit Gewerkschaften wie ver.di, den Beschäftigten, Kommunen und Sachverständigen gesucht, um einen möglichen Umbau des Unternehmens z. B. in eine Genossenschaft zu beraten, und wenn nein, warum nicht?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

84. Abgeordneter **Tom Koenigs** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit hat die Bundesregierung Kenntnisse darüber, dass die Kritik des VN-Antifolterausschusses in seinen Concluding Observations zum Staatenbericht Aserbaidschans vom 8. Dezember 2009 (CAT/C/AZE/CO/3), dass in Aserbaidschan Folter nicht rechtlich verfolgt werde und deswegen eine Kultur der Straflosigkeit sich entwickeln könne (Abschnitt C.3), weiterhin gerechtfertigt ist, oder hat sich nach Ansicht der Bundesregierung die Situation in Aserbaidschan hinsichtlich der Strafverfolgung von Folter und unmenschlicher Behandlung durch Sicherheitskräfte gebessert?

85. Abgeordnete **Viola von Cramon-Taubadel** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Maßnahmen ergreift die Bundesregierung, um den Sonderberichterstatter des Europarates für politische Gefangene, Christoph Strässer, vor den monatelangen Diffamierungen durch die Regierung Aserbaidschans zu schützen?

86. Abgeordneter **Volker Beck (Köln)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung der Menschenrechtslage in Aserbaidschan vor dem Eurovision Song Contest (ESC) im Hinblick auf Meldungen über Zwangsräumungen zur Vorbereitung des ESC, und wie hat sie ihre Besorgnisse gegenüber der aserbaidschanischen Seite artikuliert?

87. Abgeordneter **Dr. Rolf Mützenich** (SPD)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der jüngsten gemeinsamen Analyse der US-amerikanischen Geheimdienste zum iranischen Nuklearprogramm, und welche Auswirkungen haben die Erkenntnisse auf den Fortgang des E3-plus-3-Prozesses?

88. Abgeordneter **Dr. Rolf Mützenich** (SPD)

Welche außenpolitischen Schlüsse zieht die Bundesregierung aus dem Bericht des Generaldirektors der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) vom 24. Februar 2012 und der gemeinsamen Analyse der US-Geheimdienste zum iranischen Nuklearprogramm?

89.	Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)	Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung, im Zusammenhang mit der Vorbereitung einer militärischen Intervention in Syrien, über die Rolle und den Einsatzzweck israelischer und US-amerikanischer Drohnen, darunter vom Typ PREDATOR B, die sich derzeit im syrischen Hoheitsgebiet befinden und trotz anderslautender Berichte des US-Verteidigungsministeriums nicht der Aufklärung von Menschenrechtsverletzungen dienen (vgl. www.haaretz.com/news/middle-east/report-u-s-drones-flying-over-syria-to-monitor-crackdown-1.413348), sondern der militärischen Überwachung der syrischen Verteidigungskapazitäten, um im Falle eines Krieges „SCUD-Stellungen aufzuklären und frühzeitig militärische Bewegungen zu erkennen“, wie es im aktuellen Newsletter „Verteidigung“ (Ausgabe 08/2012, S. 2) heißt?
90.	Abgeordnete **Sevim Dağdelen** (DIE LINKE.)	Welche Hinweise hat die Bundesregierung in diesem Zusammenhang über den Zweck und die Tätigkeit bzw. Anwesenheit von Spezialkräften, Geheimdienstmitarbeitern, Beratern und Ausbildern der NATO-Staaten bzw. der Mitgliedstaaten des Golfkooperationsrates auf syrischem Staatsgebiet oder in unmittelbarer Nähe seiner Grenzen, insbesondere in der Türkei, sowie Waffenlieferungen an bewaffnete Teile der syrischen Opposition (vgl. www.zeit.de/news/2011-11/14/eu-moskau-wirft-westen-aufhetzung-in-syrien-vor-14145202)?
91.	Abgeordneter **Hans-Christian Ströbele** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Welche Angaben macht die Bundesregierung zur Anzahl der Personen, die in den Jahren 2010 und 2011 in Afghanistan unter der Beteiligung von Soldaten der Bundeswehr festgenommen und in das US-Gefängnis in Bagram überstellt wurden, in dem Koranbücher verbrannt worden sind, und welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über das weitere Schicksal dieser Gefangenen hinsichtlich deren Behandlung, insbesondere bezüglich Folter, Kontaktmöglichkeiten zum Roten Kreuz oder gar Freilassung, weil die Personen zu Unrecht oder wegen falscher Angaben gelistet waren?
92.	Abgeordnete **Marieluise Beck (Bremen)** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	Auf welche Weise und aus welchen Finanzmitteln unterstützt die Bundesregierung die unabhängige Zivilgesellschaft in Belarus und Repressionsopfer sowie deren Angehörige?

93.	Abgeordnete **Marieluise Beck (Bremen)** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Welche Informationen hat die Bundesregierung über das Verfahren und die Beweisführung, die in Belarus zu den Todesurteilen gegen Dmitrij Konowalow und Wladislaw Kowaljow wegen des Bombenanschlags auf die Minsker Metro im April 2011 führte, und was unternimmt die Bundesregierung zur Unterstützung der Verurteilten und ihrer Angehörigen in ihren Bemühungen, die Vollstreckung der Urteile zu verhindern?
94.	Abgeordneter **Manuel Sarrazin** (BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN)	Welche Informationen hat die Bundesregierung zur Lage der politischen Häftlinge in Belarus, insbesondere zu Michail Autuchowitsch, Dmitrij Bondarenko, Eduard Lobow, Andrej Sannikow, Pawel Sewerinez, Nikolaj Statkewitsch, Dmitrij Dashkewitsch, Ales Belatzki, Sergej Kowalenko, und in welcher Weise setzt sich die Bundesregierung für die politischen Gefangenen in Belarus ein?



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333